

Pressemitteilung



BÄK für weltweites Verbot von Atomwaffen

Berlin, 26.09.2016 - Die Bundesärztekammer (BÄK) fordert die Bundesregierung dazu auf, sich ab sofort aktiv für die Verhandlung eines weltweiten Verbots von Atomwaffen einzusetzen. Der Vorstand der BÄK hatte sich auf seiner August-Sitzung dafür ausgesprochen, einen entsprechenden Appell der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) zu unterstützen. Darüber hinaus wird in dem Appell auch ein umgehendes Verbot der Stationierung von Atomwaffen in Deutschland gefordert.

„In einer unsicheren Welt schaffen Atomwaffen keine Sicherheit, sondern bergen untragbare Risiken“, heißt es in dem Appell. Die Arbeit der Beschäftigten im Gesundheitswesen stehe im Dienste der Menschen und der Humanität. Daher könnten sie nicht zur drohenden Vernichtung der Menschheit durch einen gewollten oder versehentlichen Einsatz von Atomwaffen schweigen.

Hintergrund des Appells sind die zu diesem Thema für Oktober 2016 terminierten Beratungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Dann wird voraussichtlich darüber abgestimmt, ob Verhandlungen über die völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen beginnen sollen.

Weitere Informationen unter

www.gesundheitsappell-atomwaffenverbot.de

**Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft**

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin